

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCENGLEICHHEIT

DEZEMBER 2014 /
JANUAR 2015

„Rassismus hat bei der GdP nichts verloren“

Die Gelbe Hand auf dem Bundeskongress der GdP

Über rund 240 Anträge haben die 252 Delegierten auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 10. bis 12. November in Berlin debattiert sowie abgestimmt und die gewerkschaftspolitischen Weichen für die Arbeit der weitaus größten Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands gestellt. Dabei bearbeiteten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zahlreiche innergewerkschaftliche Anträge wie auch viele breit gefächerte Themen aus nahezu allen Bereichen der Innen-, Beamten-, Tarif-, Kriminal-, Verkehrs- und Gesellschaftspolitik. Mit dabei war die ganze Zeit über auch der Kumpelverein, der mit einem Stand auf dem Bundeskongress vertreten war. Für den Vorsitzenden der GdP, Oliver Malchow, ist das ein starkes Signal: „Das soll ganz deutlich zeigen: Rassismus und Intoleranz haben bei der GdP nichts verloren. Dafür steht die Gelbe Hand.“ Einen guten Eindruck davon konnte sich auch die Geschäftsführerin des Kumpelvereins, Dr. Klaudia Tietze, vor Ort machen: „Wir haben beim GdP-Kongress sehr viele interessante Gespräche geführt und uns über zukünftige gemeinsame Aktionen unterhalten. Wir werden die Anti-Rassismus-Arbeit auch in Zukunft zusammen voranbringen.“

Ein Zeichen des Zusammenhalts

Tagung des Kumpelvereins zu den Themen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Bielefeld

„Alle Menschen werden Schwestern und Brüder? Zusammenhalt in Zeiten des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ lautete das Thema der Tagung, die der Kumpelverein am 22. November in Bielefeld veranstaltete. Rund 50 interessierte Fördermitglieder und Aktive aus ganz Deutschland fanden sich im Freizeit- und Kulturzentrum Neue Schmiede ein, um die Vorträge der Referentinnen und Referenten zu hören und auch selbst eifrig mitzudiskutieren.

Nach der Begrüßung des Vorsitzenden des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, überbrachte auch Günther Schultze, Leiter des Gesprächskreises



re Vielfalt und die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen entgegenstellen!“

Im Anschluss übernahm die Wissenschaft den Diskurs. Den Auftakt machte der junge Soziologe Dr. Lochocki, früher an der Humboldt-Universität in Berlin, jetzt beim German Marshall Fund für transatlantische Kooperation. Er stellte in einem kontrovers diskutierten

Vortrag seine neuesten Ergebnisse zum Erfolg der rechtspopulistischen AfD dar, wonach es schwierig bis unmöglich sei, die Etablierung und den Aufstieg der Rechtspopulisten zu verhindern. Während Professor Fabian Virchow von der Fachhochschule Düsseldorf auf die Strukturen rechtsextremer Parteien und Bewegungen in Deutschland einging, legte als letztes der Tübinger Professor Josef Held den Fokus auf die Verbreitung rechtsextremer und rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft. Er bestätigte auch empirisch, dass Gewerkschaftsmitglieder nicht gefeit vor rechtem Gedankengut seien. Den Abschluss bildete eine pointierte Podiumsdiskussion mit Annelie Buntenbach, dem Vorsitzenden Giovanni Pollice und Professor Frank Decker von der Universität Bonn. Annelie Buntenbach betonte nochmals, dass neben fremdenfeindlichen Positionen, auch die Marktradikalität der AfD für Gewerkschaften eine Gefahr bedeute. Auch aus diesem Grund forderte Giovanni Pollice, die „Sensibilisierungsarbeit im Betrieb“ nicht zu vernachlässigen. Um insgesamt rechtspopulistischen und anti-europäischen Parteien den Boden zu entziehen, müsse Europa die soziale Dimension stärken, so Professor Decker.

Alle waren sich einig, dass es vielfältiger Anstrengungen bedarf, von Seiten der Politik, den Gewerkschaften, aber auch von jedem Einzelnen, um Rechtsextremismus und Rechtspopulismus effektiv zu bekämpfen. Das war eine von vielen Erkenntnissen an diesem Tag, die die Fördermitglieder und Aktive mit nach Hause nehmen konnten.

„Wir müssen Rassisten unsere Vielfalt und die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen entgegenstellen!“

Annelie Buntenbach

Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung sein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung.

Hauptrednerin der Veranstaltung war Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands. In ihrer Rede klagte sie schonungslos die Gewalttaten der extremen Rechten an und das Versagen der Behörden bei der Aufklärung der rechtsterroristischen NSU-Morde. In Zukunft bedürfe es einer Erfassung „aller rechtsextrem, antisemitisch und rassistisch motivierten Straftaten und Gewalttaten sowie einer strukturierten Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Rahmen eines Masterplans“. Weitere gesellschaftliche Problemfelder seien fremdenfeindliche, anti-islamische und anti-ziganistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Das betreffe, so Buntenbach, auch Gewerkschaftsmitglieder. Dies hätte der Erfolg der rechtspopulistischen AfD bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gezeigt. Die Gewerkschafterin fordert von der Politik einen verantwortungsvollen Umgang mit Themen der Zuwanderung. Zwar könnten rassistische Einstellungen in der Gesellschaft nicht auf Aussagen einzelner Politiker zurückgeführt werden, dennoch: „Populistische Debatten um den Zugang von Rumänen und Bulgaren können fatale Wirkung zeigen.“ Stattdessen unterstreicht Buntenbach ihr Credo: „Wir müssen Rassisten unse-



v.l.: F. Decker, G. Pollice, M. Jelic, A. Buntenbach

Anerkennen statt Ausgrenzen – IG BCE für mehr Willkommenskultur

Am 6. Dezember fand in Recklinghausen die 44. migrationspolitische Tagung der IG BCE statt

Es war eine Rede mit Überlänge, aber auch eine Rede in aller Deutlichkeit, die der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Kollege Guntram Schneider, als Hauptredner der Recklinghäuser Tagung hielt: „Migranten sind keine Minderheit, die man ‚betütteln‘ muss, sie sind eine ernstzunehmende Größe – sie gehören zu uns!“ Gerade in einem Bundesland wie NRW, wo der Anteil der Unter-25-jährigen mit einem sogenannten Migrationshintergrund bei knapp 50 Prozent liege. „Kulturelle Andersartigkeit ist eine Bereicherung für uns“, unterstrich der Minister. Ein flammender Appell für eine stärkere Willkommenskultur, ein Plädoyer für mehr politische Teilhabe – ganz im Sinne der Tagung. „Anerkennen statt Ausgrenzen“ war das Motto der migrationspolitischen Veranstaltung der IG BCE, die traditionell am ersten Dezemberstag im Festspielhaus zu Recklinghausen stattfindet und zu der auch dieses Jahr am Nikolaustag wieder rund 300 interessierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Weg gefunden hatten. Am Anfang seiner Rede hob der Minister den Kumpelverein hervor, „der wieder zum Leben erweckt wurde und im Konzert der Initiativen gegen Rassismus eine wichtige Rolle spielt“. Begrüßt wurden die IG-BCE-Mitglieder von der stellvertretenden Vorsitzenden der IG BCE, Edeltraud Glänzer. Auch sie betonte, dass man die interkulturelle Kompetenz stärken müsse, um diskriminierende Strukturen zu beseitigen. Die Gewerkschaften seien in Bezug auf die Arbeitswelt Vorreiter im Kampf gegen Diskriminierung: „Wir reden nicht, wir handeln – und das nicht seit gestern!“ Sozialpartner- und Be-

triebsvereinbarungen zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz seien zwei von vielen gewerkschaftlichen Maßnahmen. Ein besonderes Anliegen war es der stellvertretenden Vorsitzenden, auf die Situation der Flüchtlinge einzugehen, die auf Grund von Krieg, politischer Verfolgung und Vertreibung in Deutschland Asyl suchten. Sie verwies dabei auf die kürzlich vom IG-BCE-Beirat verabschiedete Resolution, in der sich die IG BCE für eine gerechte Flüchtlingspolitik ausspricht. In Bezug auf Misshandlungen in Flüchtlingsunterkünften, wie in Burbach geschehen, betonte Glänzer: „Dass Menschen, die Schutz suchen, misshandelt werden, dürfen wir nicht zulassen!“ Hier gehe es um elementare Werte der Gewerkschaften. Die Politik müsse für ausreichend Platz und eine gute Betreuung sorgen, forderte die stellvertretende Vorsitzende. Ein Grußwort überbrachte auch der neugewählte Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, Christian Tesche. Beim Anblick des vollen Plenarsaales wurde ihm Eines bewusst: „Wenn ich sehe, wie sich die IG BCE gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzt, war es richtig, Mitglied zu werden.“ Denn Gesetze könnten nur der Anfang sein, letztendlich müsse Integration gelebt werden. Danach stellte Ulrike Rudolphi von der Chemie-Stiftung Sozialpartner Akademie (CSSA) die Ergebnisse einer Befragung der Chemie-Unternehmen zur interkulturellen Vielfalt

vor. Im Anschluss an die Reden konnten sich die IG-BCE-Mitglieder selbst in drei verschiedenen Foren austauschen. Politische Teilhabe, die Öffnung von Strukturen für Migrantinnen und Migranten und die Verhinderung von Rassismus waren die Themenblöcke, zu denen diskutiert wurde. Im dritten Forum zum Thema „Rassismus in Arbeit und Alltag“ erläuterte die Geschäftsführerin des Kumpelvereins, Dr. Claudia Tietze, in einem engagierten Vortrag, wie man Diskriminierungen im Betrieb verhindern könne. Zum Abschluss wurde es noch einmal emotional: Denn es war die letzte Tagung unter hauptamtlicher Leitung des für Migration zuständigen Abteilungsleiters der IG BCE, Giovanni Pollice, der auch Vorsitzender des Kumpelvereins ist. Mit Danksagungen, musikalischer Einlage und „Standing Ovation“ wurde sein langjähriges Engagement für Integration und Teilhabe, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gewürdigt. Pollice bedankte sich für die Unterstützung in all den Jahren und versicherte augenzwinkernd: „So schnell werdet ihr mich nicht los.“ Seine Arbeit als Gewerkschaftssekretär sei für ihn eine Berufung gewesen und im Rahmen der „Gelben Hand“ werde er sich auch weiterhin für Chancengleichheit und gegen Ausgrenzung engagieren. Die Resolution des IG-BCE-Beirats unter: <http://www.igbce.de/download/224-90668/1/resolution-beirat-fluechtlingspolitik-11-11-2014.pdf>



„Man braucht viel Mut“

Das Fördermitglied Yeldiz Tozo unterstützt syrische Flüchtlinge in Friedland



Yeldiz Tozo (r.) mit Edelgard Bulmahn

Seit nunmehr über drei Jahren tobt der Bürgerkrieg in Syrien. Fast zweieinhalb Millionen Syrer befinden sich laut UNO-Flüchtlingshilfe auf der Flucht. Rund 30 000 davon sind zwischen 2011 und 2013 nach Deutschland gekommen.

Die 23-jährige Yeldiz Tozo sah die Bilder aus Syrien und beschloss zu helfen – spontan, direkt, ehrlich. „Ich wollte den Menschen zur Seite stehen, wenn sie hier ankommen, ihnen unter die Arme greifen“, erklärt Yeldiz. Aus diesem Grund engagiert sie sich ehrenamtlich in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im niedersächsischen Friedland. Die angehende Krankenschwester ist selbst in Syrien geboren und floh 1999 im Kindesalter gemeinsam mit ihren Eltern nach Deutschland. Bei der Ankunft der jetzigen Flüchtlinge dolmetscht sie, hilft bei der Passabgabe, im Sanitätshaus – oder hat einfach nur ein offenes Ohr. Die Geschichten der Flüchtlinge über die

Flucht und ihr Schicksal seien sehr traurig: „Man braucht dafür viel Mut“, erzählt die junge Auszubildende, „und trotzdem gibt es auch viel Freude, den Willen, nicht aufzugeben und seine Zukunft in die Hand zu nehmen.“ Als Bundespräsident Joachim Gauck die Erstaufnahme in Friedland besuchte, durfte Yeldiz dabei sein. Auch der Präsident war beeindruckt von ihrem Engagement. Seit September dieses Jahres ist sie Fördermitglied des Kumpelvereins und hat sich auch hier schon auf Veranstaltungen tatkräftig für die Gelbe Hand eingebracht. Denn eines ist ihr wichtig: „Es ist egal, aus welchem Land man kommt – man ist immer Mensch.“

Gegen Ausbeutung und Diskriminierung in der Arbeitswelt

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ kämpft für die Rechte ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ unter der Leitung von Dominique John beschäftigt sich mit dem Missbrauch der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Seit 2011 gibt es in sechs deutschen Städten Beratungsstellen, die mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem aus Mittel- und Osteuropa, in der jeweiligen Muttersprache über ihre Rechte informieren und im konkreten Problemfall Hilfestellung leisten. Denn in Branchen wie dem Baugewerbe, der Gebäudereinigung, Hotel- und Gastronomiegewerbe, der Schlachtindustrie und der privaten Pflege ist häufig ein Missbrauch der ausländischen Arbeitskräfte zu beobachten. Aber auch im Transport- und Logistikwesen, sowie bei industriellen Zulieferern werden Arbeitskräfte systematisch ausgenutzt. Das zeigt auch der folgende Fall, den Projektleiter John schildert.

Jeder kennt sie, die deutschen Premium-Automarken: Daimler, Audi, Volkswagen und Porsche. Sie alle lassen sich unter anderem von der Unternehmensgruppe Binder aus der Schwäbischen Alb beliefern. In einem Werk arbeiteten vornehmlich Kroaten. Einige dieser Beschäftigten haben sich an die Beratungsstelle von „Faire Mobilität“ in Stuttgart gewandt. Nach ihrer Auskunft sind rund 100 Arbeiter aus

fair

Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv

Kroatien angeworben und von dort zur Firma Binder entsandt worden. Die kroatischen Beschäftigten gaben an, dass sie 260 bis 300 Stunden pro Monat im Akkord arbeiteten und dafür 1.800 bis 2.200 Euro netto im Monat verdienten. In Einzelfällen lägen zwischen den Schichten lediglich sechs bis acht Stunden Ruhezeit. Sie wurden gezielt an Sonn- und Feiertagen eingesetzt. Wochenendzuschläge

standen ihnen nicht zu. Ein Teil des Lohns wurde zudem als Prämie ausbezahlt. Die Beschäftigten beklagten auch, dass es aufgrund einer fehlenden elektronischen Arbeitszeiterfassung häufig zu Fehlrechnungen kam. Im Krankheitsfall sei es trotz Attest üblich, ab dem dritten Krankheitstag Überstunden abzubauen. Darüber hinaus wären die in Kroatien unterschriebenen Arbeitsverträge nach der Ankunft in Deutschland wohl durch neue Arbeitsverträge ersetzt worden. Darin enthalten sei die Einwilligung zur Unterbringung in Wohnungen, die von der Binder-Gruppe angemietet wurden. Für die Unterbringung in Mehrbettzimmern bezahlten die Männer 216 Euro im Monat pro Bett. Die Summe wurde direkt vom Lohn abgezogen. In verschiedenen Vier-Zimmer-Wohnungen waren jeweils bis zu neun Personen untergebracht. In einem Fall recher-

chierte „Faire Mobilität“, dass der Preis für die Wohnung bei lediglich 700 Euro lag. Insgesamt waren das untragbare Arbeitsbedingungen. Die Absicht der Binder-Werke: Über Werkverträge mit den Kroaten sollten die Kosten für das Unternehmen gedrückt werden – auf dem Rücken der Migranten. Dabei gibt es Entsende-richtlinien, doch sie werden umgangen. Als der Fall durch Stuttgarter Mitarbeiter von „Faire Mobilität“ bekannt wurde, sorgte er in der Lokalpresse für Schlagzeilen, so dass das Unternehmen einlenkte. Das ist leider kein Einzelfall. Alle sechs Beratungsstellen sind ausgelastet: Der Bedarf an Beratung ist groß, Missbrauchsfälle an der Tagesordnung. Doch der DGB und „Faire Mobilität“ werden sich auch weiterhin gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Missbrauch von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kämpfen.

DGB fordert bessere Ausbildungschancen für Migrantinnen und Migranten

Integrationsgipfel im Kanzleramt fokussiert die Arbeitsmarktsituation

Bundeskanzlerin Angela Merkel lud am 1. Dezember zum siebten Integrationsgipfel. Auf der Agenda standen dieses Mal die Arbeitsmarktsituation und Ausbildungschancen junger Migrantinnen und Migranten. Die Statistiken sind eindeutig: Rund ein Drittel der ausländischen Jugendlichen bleibt ohne Berufsabschluss, drei Mal so viele wie bei deutschen Gleichaltrigen. Auch die Arbeitslosenquote unter Migranten ist überproportional hoch. Bewerbungen mit türkisch oder arabisch klingenden Namen werden – bei gleicher Qualifikation – statistisch gesehen weniger berücksichtigt. Auf dem Gipfel waren neben Migrantinnenorganisationen und Arbeitgeberverbänden, auch die Gewerkschaften vertreten. Laut dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann wäre die anonymisierte Bewerbung „ein erster Schritt“, um strukturelle Diskriminierung abzubauen. Mehr Anstrengungen fordert der Gewerkschafter auch beim Übergang in den Beruf: „Die Strukturen des so genannten Übergangssystems müssen aufge-

brochen werden. Viel zu lange wurden Geld und Energie in Warteschleifen gesteckt, die keine klare Perspektive auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung boten.“ Stattdessen brauche es eine bessere Berufsorientierung und umfassende Unterstützungsangebote – vor allem während der Ausbildung. Hoffmann verwies dabei auf die tariflichen Regelungen in der Metall-, Elektro- und Chemieindustrie, sowie im Baugewerbe, die gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund unterstützen sollen. Auch die Kanzlerin erkannte den Problemdruck beim Thema Ausbildung: „Wir werden langsam besser, aber das Tempo könnte noch gesteigert werden.“ Die Gewerkschaften werden dabei sicherlich nicht auf die Bremse treten.



Kein Platz für rassistische Gewalt

Ver.di-Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe

Kochverbote am Abend während des Ramadans, geschlagene Flüchtlinge, vor denen Sicherheitskräfte posieren – unter anderem das wird Sicherheitsdiensten in Flüchtlingsheimen momentan vorgeworfen. Dem stellt sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nun entgegen. Die Tarifkommissionsmitglieder Sicherheitsdienstleistungen der ver.di-Landesbezirke Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen-Bremen haben auf einer gemeinsamen Sitzung eine Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe beschlossen. Im Wortlaut heißt es: „Für die Missachtung von Menschenrechten und das Vergreifen an der vermeintlich schwächsten Gruppe in unserer Gesellschaft gibt es keine Entschuldigung. Für rassistisch motivierte Gewalt ist bei uns im Sicherheitsgewerbe und auch in anderen Berufsgruppen kein Platz.“ Es wurden Forderungen der Beschäftigten an die Unternehmen und die Politik formuliert: Die Bedingungen in den Unterkünften müssten sich insgesamt verbessern und es brauche interne Frühwarnsysteme gegen rechtsextremistische Einstellungen.

Die vollständige Resolution findet ihr im Netz unter: <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++89b4aeb8-55dd-11e4-b099-5254008a33df>



Erinnerung muss leben

Gedenkveranstaltung der DGB-Jugend Bayern in Dachau



Der 9. November. Ein Schicksalsdatum der deutschen Geschichte. Vor 25 Jahren war es ein Tag der Freude, als die Mauer fiel. 1938 war es ein Tag der Schande, als Jüdinnen und Juden Opfer nationalsozialistischer Pogrome wurden. Aus diesem Anlass nahmen am Sonntag, den 9. November rund 300 Menschen an der Gedenkveranstaltung der DGB-Jugend Bayern für die Opfer des Nationalsozialismus in Dachau teil. Seit 1952 erinnert die bayerische DGB-Jugend an die Novemberpogrome von 1938. Das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus ist für die bayerische Gewerkschaftsjugend nicht nur Mahnung, es ist auch Auftrag für die Gegenwart.

Im Zentrum des diesjährigen Gedenkweges stand die Vorstellung von Biographien durch die Gewerkschaftsjugend. Die IG-Metall-Jugend sowie Paul Werlich von der DGB-Hochschulgruppe München erarbeiteten dafür selbständig die Lebenswege von Willy Rösler und Claus Bastian, zwei Häftlingen des KZ Dachau.

Die Gedenkrede hielt Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings. Er stellte die Bedeutung des Engagements von Jugendverbänden und Jugendringen beim Gedenken an die Vergangenheit und beim Kampf gegen aktuelle rechte Tendenzen heraus. Auch Astrid Backmann, die DGB-Bezirksjugendreferentin, betonte in ihrer Begrüßungsrede den Auftrag der Geschichte für heutige Herausforderungen wie der Flüchtlingsthematik. „Noch haben Rechte in Bayern wenig Erfolg, mit ihrer Propaganda gegen Asylsuchende“, erklärte die Jugendsekretärin, „wir dürfen aber nicht darauf vertrauen, dass es so bleibt. Hier ist weiteres Engagement der Zivilgesellschaft und des Staates für eine offene Gesellschaft gefragt.“

Sie ging auch auf die Schändung der Gedenkstätte durch den Diebstahl des Schriftzuges am Tor „Arbeit macht frei“ ein: „Dieser zynische Satz symbolisiert wohl am prägnantesten die Menschenverachtung des nationalsozialistischen Terrors. Gemeint war die Vernichtung des Menschen durch Zwangsarbeit.“ Und Backmann mahnte: „Erinnerung kann man nicht wegtragen. Aber Erinnerung kann verblassen.“ Laut einer Studie der Zeitschrift Neon, hätte jeder dritte Jugendliche zwischen 18 und 35 Jahren genug vom Thema „Holocaust“. Die DGB-Jugend Bayern wird sich auch weiterhin gegen das Vergessen stemmen.

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Sonja Marko (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU),

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos: IG BCE, Kumpelverein

Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Der Kumpelverein wünscht frohe Weihnachten und alles Gute im Neuen Jahr!

Fragile Mitte – Feindselige Zustände

Broschüre des Monats

Am 20. November erschien die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ im Dietz-Verlag. Untersucht wurden rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft.

Das Bild, das sich aus den Zahlen 2014 ergibt, ist komplex: Insgesamt sind laut der Studie rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Laut Herausgeber Ralf Melzer, sei dies kein Anlass zur Entwarnung. Denn die Zustimmungswerte auf Ebene einzelner Aussagen sind teilweise nach wie vor sehr hoch. So schreiben 10 Prozent dem Nationalsozialismus Gutes zu. Einigen Facetten, wie der Abwertung von langzeitarbeitslosen und asylsuchenden Menschen, stimmt fast die Hälfte der Deutschen zu. Gruppenbezogener Rassismus manifestiert sich auch gegenüber anderen sozialen Gruppen: Stark verbreitet sind Vorurteile gegenüber Sinti und Roma (27%) sowie Muslimen (18%). Ganz vorne dabei: Die Anhänger der AfD. Sie zeigen die zweithöchsten Zustimmungswerte, nach jenen der NPD-Sympathisanten, zu Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auch die Abwertung von Homosexuellen und eine Anti-Europa-Haltung ist deutlicher ausgeprägt als bei anderen Befragten. Eines geht aus der Studie deutlich hervor: Rechtsextrems Denken verlagert sich in subtile Formen der Menschenfeindlichkeit. Eine gefährliche Tendenz.

Mehr Infos zur Studie gibt es im Netz unter: <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.
Nachfolgend die Namen:

- 1. Birgit Biermann**, IG BCE, stellv. Bezirksleiterin Gelsenkirchen, Gelsenkirchen
- 2. Iris Dorra**, IG BCE, Rechtschutzbüro LB Westfalen, Bochum
- 3. Dr. Sascha Howind**, IG Metall, Hannover
- 4. Michelina Mandato**, IG BCE, Mitglied des Ausschusses für Interkulturelle Zusammenarbeit der BASF, Ludwigshafen
- 5. Michael Penther**, IG Metall, Magdeburg
- 6. Ute Simons**, IG BCE, Betriebsratsmitglied der Currenta, Leverkusen
- 7. Vittorio Stano**, FLC-CGIL, it. Lehrer-gewerkschaft, Vorstandsmitglied, Ronnenberg
- 8. Arif Ulusoy**, IG BCE, BR-Vorsitzender Mitsubishi Polyester Film GmbH, Wiesbaden
- 9. Anke Unger**, ver.di, Organisationssekretärin DGB OWL, Bielefeld

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender